Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels

Entwurf

vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 17. November 2010²,
beschliesst:*

Art. 1

¹ Das Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005³ zur Bekämpfung des Menschenhandels wird genehmigt.

² Der Bundesrat wird ermächtigt, das Übereinkommen zu ratifizieren.

³ Er bringt bei der Ratifikation, gestützt auf Artikel 45 des Übereinkommens, folgenden Vorbehalt an:

Die Schweiz behält sich das Recht vor, Artikel 31 Ziffer 1 Buchstabe d auf staatenlose Personen nicht anzuwenden.

Art. 2

Das Bundesgesetz über den ausserprozessualen Zeugenschutz wird in der Fassung gemäss Beilage angenommen.

Art. 3

¹ Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Staatsvertragsreferendum für Verträge, die wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert, nach den Artikeln 141 Absatz 1 Buchstabe d Ziffer 3 und 141a Absatz 2 der Bundesverfassung.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten des in Artikel 2 aufgeführten Bundesgesetzes.

1 SR 101
2 BBl 2011 I
3 SR ...; BBl 2011 115